

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis pro Anzeiger Nr. 23.

Telegramme: Erzgebirg Anzeiger. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1949

Nr. 253

Mittwoch, den 29. Oktober 1924

19. Jahrgang

Die Bilanz der Hamburger Wahlen.

Schwere Niederlage der Deutschvölkischen, Deutschnationalen und Kommunisten. Bekenntnis zur Politik der Mitte.

Der Wablaustfall in Hamburg.

Hamburg, 27. Okt. Bei den gestrigen Wahlen zur Hamburger Bürgerchaft (2. Kammer) haben die Demokraten nur 2 Sitze, die Sozialdemokraten 16 Sitze und die Deutsche Volkspartei 8 Sitze verloren. Gewonnen haben die Deutschnationalen 10 Sitze, die Kommunisten 7 Sitze, während das Zentrum den bisherigen Besitzstand behauptete.

Die Bürgerchaft war allerdings schon im Jahre 1921 gemindert worden; sie setzte sich aus 89 Sozialdemokraten, 28 Demokraten, 31 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, 18 Deutschnationalen, 17 Kommunisten und 2 Mitgliedern des Zentrums zusammen.

Die Bürgerchaftswahlen in Hamburg vom letzten Sonntag bilden den Auftakt zu den Reichstagswahlen. Ihr Ausfall ist von symptomatischer Bedeutung. Wir vergleichen die Zahlen der Reichstagswahlen vom Mai d. J. mit dem gestrigen Ergebnis:

Deutschvölkische	13570	(Reichstagswahl	37757)
Deutschnationalen	90701	"	122004
Deutsche Volksp.	73195	"	76482
Zentrum	9032	"	8612
Demokraten	72507	"	81514
Sozialdemokraten	173035	"	173587
Kommunisten	77414	"	114365

Auf acht weitere Listen meist wirtschaftlicher Interessengruppen gesplittet sich rund 25 000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war, wie immer bei Landeswahlen, erheblich geringer als bei den letzten Reichstagswahlen. Der Gesamtertrag der abgegebenen Stimmen beziffert sich auf circa 190 000. Es ergibt sich also ohne weiteres, daß die Sozialdemokraten, die ihre Stimmen voll behaupteten, erheblich besser abgeschnitten haben, als im Mai. Demgegenüber haben die Kommunisten unge-

ehr ein Drittel ihrer Stimmen verloren und noch viel schlimmer ist es der äußersten Rechten ergangen. Die Deutschvölkischen, die nur ein Drittel ihrer Stimmen behaupten können, müssen für die Reichstagswahlen einen bölligen Zusammenbruch gewärtigen. Die Deutschnationalen stehen mit 25 Prozent Verlust gleichfalls weit über dem Durchschnitt des Rückgangs in der Stimmengahl. Einen kleinen Teil ihrer Stimmen hat die Deutsche Volkspartei bekommen, die bei den vorigen Bürgerchaftswahlen die stärkste Partei (die erste nach der Sozialdemokratie) wurde. Die Demokraten können mit dem Ergebnis voll zufrieden sein. Der Rückgang ihrer Stimmen ist erheblich geringer, als er bei dem Rückgang infolge schlechterer Wahlbeteiligung hätte sein müssen. Und das, obwohl die Reichsparteien den Austritt einiger demokratischer Reichstagsabgeordneter in den letzten Tagen vor der Wahl strupplos zur Stimmungsmache ausnützten und dabei von der örtlichen Reichspresse unterstützt wurden. — Nach dem Hamburger Ergebnis kann man mit Sicherheit für die Reichstagswahlen voraussagen: Zusammenbruch der Deutschvölkischen, sehr harter Rückgang der Deutschnationalen und der Kommunisten, Gewinn für die Parteien der Mitte von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei. Die Deutsche Demokratische Partei wird an diesem Gewinn einen erheblichen Anteil haben.

Deutschnationale Bekämpfung über das Hamburger Wahlergebnis.

In den meisten deutschnationalen Organen wird das Hamburger Ergebnis in einer Weise kommentiert, die eine sehr tiefe und ja begriffliche Bekämpfung erkennen läßt. Ein melancholischer Ton, der von der sonst so selbstischen und drahtlichen Sprache bemerkenswert absteht, klingt fast überall durch.

Die Preisverbilligungsaktion des Reiches unmittelbar bevorstehend!

Ablehnung der Lohnerhöhung und der gleitenden Teuerungsskala.

Berlin, 27. Oktober. Die gestrigen Besprechungen der Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister über die neuen Forderungen nach 30prozentiger Lohnerhöhung und Wiedereinführung der gleitenden Teuerungsskala hat zu keinem Resultat geführt. Der Reichswirtschaftsminister hat die Unmöglichkeit erklärt, solange die wirtschaftliche Depression andauert, von sich aus eine derartige Erhöhung bei den Arbeitnehmern anzuregen. Die Wiedereinführung der gleitenden Lohnskala sei aber ganz undenkbar. Es wurden den Gewerkschaften neue Maßnahmen des Reiches zur allgemeinen Verbilligung in unmittelbare Aussicht gestellt.

Arbeitsministerkonferenz in Dresden.

Einheitliche Erwerbslosenfürsorge.

Dresden, 27. Okt. Vom 22. bis 24. Oktober fand auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums in Dresden eine Besprechung der deutschen Länder über Fragen der unterstützenden und der produktiven Erwerbslosenfürsorge statt. An der Besprechung nahmen neben dem Reichsarbeitsministerium auch die Reichsarbeitsverwaltung, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium teil. Mit der Besprechung wurde eine Beschäftigung der für die Kraftwerke freitragend ausgeführten Notstandsarbeiten bei Obhe Krone verbunden.

Die wirtschaftliche Räumung des besetzten Gebiets.

Berlin, 28. Okt. Vätermelungen aus Gelsenkirchen zufolge sind die gesamten Anlagen des Kokereibetriebes auf der Hohe Rhein-Erde, welche der Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. gehört, gestern von der französischen Verwaltung genant und den deutschen Eigentümern zurückgegeben worden. Für heute oder morgen erwartet man die Uebergabe der drei noch von Franzosen und Belgiern betriebenen Hohe.

Eröffnung des Dräcker Konferenzen.

Brüssel, 27. Okt. Die außerordentliche Sitzung des Völkerbundrates wurde heute nachmittag unter dem Vorsitz Symans' eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen die Fragen des englisch-türkischen Konfliktes und der Klärung der Verhältnisse aus Konstantinopel. Nord-Parmoor und Gethy Bey legten für ihre Länder den Standpunkt ihrer Regierungen in der Frage des englisch-türkischen Konfliktes dar. Die Angelegenheit wurde an den Berichterstatter Branting verwiesen, der eine Präzisierung bringen wird.

Die Vorbereitung der Steuerreform.

Berlin, 27. Okt. Die Vorbereitungen zu einer großen Steuerreform, die im Reichsfinanzministerium seit einigen Wochen begonnen worden sind, sollen durch den Wahlkampf keinerlei Unterbrechungen unterliegen. Die Erhebungen des Reichsfinanzministeriums über die Steuereinkommen des Jahres 1924 sowie über die voraussichtlichen Wirkungen der Reparationsanleihe werden in kurzer Zeit abgeschlossen sein. Wobann wird man daran gehen, die endgültigen Steuerpläne für das nächste Jahr auszuarbeiten. Sie sollen in vieler Beziehung Erleichterungen bringen. Die Umsatzsteuer wird voraussichtlich gänzlich fallen. Aber auch die Einkommensteuer soll der Kostlage großer Teile des Gewerbes und der Landwirtschaft angepaßt werden. Es sind schon jetzt Umstellungen ergangen, bei der Eintreibung der Steuern, besonders in den landwirtschaftlichen schwer betroffenen Gegenden und im besetzten Gebiet, die möglichen Erleichterungen zu gewähren. Im Laufe des Dezember hofft man dann mit dem Entwurf soweit vorgeschritten zu sein, daß man die Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften gutachtlich dazu hören kann. Beim Zusammentritt des neuen Reichstages würde dann nach Erledigung der jetzt liegenden dringenden Gesetzentwürfe alsbald mit der Durcharbeitung der neuen Steuerreform begonnen werden.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

In Lyon fanden gestern mehrere Felerlichkeiten statt. Der Handelsminister hielt beim Bankett des nationalen Komitees eine Rede, in der er die Notwendigkeit des Abschlusses von Handelsverträgen betonte. Die industriellen und handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland müssen wieder hergestellt werden durch die wechselseitige Zustimmung zur gleichen Entwicklung der Politik der beiden Länder, die sich ergänzen, aber nicht feindlich gegenüberstehen dürfen.

Snowjew kündigt den Bürgerkrieg an.

London, 27. Okt. Weiter wieder aus Aiga: Gelegenheit des Jahresfestes des kommunistischen Kampfers in Hamburg im Oktober 1923 erklärte Snowjew, daß eine Revolution des deutschen Proletariats unmittelbar bevorstehe. Trotz allem Daves, Ebert und Kautz sieht die entscheidende Schlacht unmittelbar bevor. Hamburg ist unser Kampfplatz und auch die Garantie, daß der Bürgerkrieg in Deutschland, und nicht nur in Deutschland allein, ausbrechen wird.

Die Bilanz der Demokratie.

Von unserm Berliner Mitarbeiter.

Wenn die Deutsche Demokratische Partei jetzt vor die Wählerchaft tritt, um ihr Rechenbuch abzulegen über das, was sie geleistet hat, so wird sie dies mit gutem Gewissen und erhobenen Haupte tun können. Wenn man ohne Voreingenommenheit die Bilanz aus ihren Akten und Passiven zieht, so wird man feststellen müssen, daß sie ein recht erhebliches Aktivum zu ihren Gunsten verzeichnen kann, das die Passiven bei weitem überwiegt. Zum ersten Mal in der schweren Zeit nach dem verlorenen Kriege kann das bisherige Regierungssystem große, ja entscheidende Erfolge aufweisen, die auch der erbitterteste Gegner nicht hintertreiben kann. Jetzt beginnen allmählich die Früchte jener entfangenen politischen Reife zu reifen, die die Deutsche Republik seit ihrem Bestehen betrieben hat und an der die Demokratische Partei hervorragend mitgewirkt hat. Der Silberfleck am Horizont, von dem Dr. Stresemann vor London gesprochen hat und über den damals die Opposition von rechts und links so billig gehandelt hat, beginnt sich zu verbreitern und gibt uns die Hoffnung auf den Anbruch eines besseren Tages, wenn wir auf dem bisher eingeschlagenen Weg rüstig und unbeirrt weiter vorwärtsstreiten. Der ungeheure Druck, der auf dem deutschen Volke seit dem Waffenstillstand lastete, läßt allmählich nach und gestattet uns wieder etwas freier zu atmen. Die dumpfe Resignation beginnt zu weichen, wir dürfen wieder hoffen und es hat wieder einen Sinn zu arbeiten, da wir wieder darauf rechnen können, die Früchte unserer Wahlen einzufahren.

Die letzten Tage haben uns die Besserung, die sich in unserer Lage vollzogen hat, recht deutlich vor Augen geführt. Dortmund, Ghrde, Remscheid, Barmen und viele andere Orte sind von der französischen Besatzung befreit worden. Fast 600 000 deutsche Menschen sind erlöst von dem Druck feindlicher Besatzung. Die militärische Bedrohung, die von Westen her über das schau- und wechelse deutsche Land hereingebrochen war, beginnt wieder zurückzutreten. Die Ausgewiesenen dürfen wieder in ihre Heimat zurückkehren, die politischen Gefangenen, die dem kostbarsten Opfer eines aussichtslosen Kampfes, sind bis auf wenige, über deren Schicksal noch verhandelt wird, freigelassen. Die unerträglichen Wismutlasten sind der Industrie des besetzten Gebietes von den Schultern genommen, die Eisenbahnen werden in kurzem wieder in deutsche Hände zurückkehren, die deutsche Polizeieinheit ist wieder hergestellt und das besetzte Gebiet kehrt wieder unter deutsche Verwaltung zurück.

Hand in Hand damit beginnt auch das Ausland wieder Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands zu setzen, was sich am glänzendsten in dem über Erwarten großen Erfolg der deutschen Anleihe kundgibt. Die für die Belebung unserer Wirtschaft so dringend notwendigen ausländischen Privatkredite beginnen wieder reichlicher zu fließen, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland, aus denen 20 Millionen deutscher Menschen ihren Lebensunterhalt schöpfen müssen, bessern sich von Tag zu Tag. Auch im Innern kehrt Ordnung und Gesetzmäßigkeit wieder ein. Der Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden ist wieder auf feste Füße gestellt und die Währung gesichert. Gewiß sind wir noch nicht am Ziel aller unserer Wünsche, ganz im Gegenteil, die Befundung ist erst in ihren Anfängen, es bleibt noch vieles zu verbessern und nachzuholen, aber die Tatsache steht doch fest, daß es wieder vorwärts und aufwärts geht in deutschen Landen.

Die Deutsche Demokratische Partei darf für sich in Anspruch nehmen, daß sie in hervorragendem Maße an dieser Festigung unserer Verhältnisse mitgewirkt hat. Vielleicht wird erst eine künftige unparteiische Geschichtsschreibung alle die Verdienste voll würdigen können, die sie sich um den Aufbau des neuen Deutschland erworben hat. Die Grundlagen unseres Staates beruhen auf den Gedanken, die der Demokrat Prof. Preuß in seinem Entwurf der Deutschen Reichsverfassung niedergelegt hat und an deren Durcharbeitung der unergiebliche Friedrich Kaumann so hervorragenden Anteil gehabt hat. Der von Rubenhand schändlich hingemordete Walter Rathenau hat zuerst mit genialer Intuition den Weg zur wirtschaftlichen Lösung des Reparationsproblems gewiesen, der schließlich nach London geführt und uns aus dem furchtbaren Kreislauf der Ultimaten und Entzonen herausgebracht hat. Ein der Durchföhrung dieses Politik hat Reichsbankpräsident Schacht den hervorragenden Anteil gehabt, der nur in der Öffentlichkeit noch nicht genug bekannt und gewürdigt ist, weil sich sein Wirken meist in vertraulichen Verhandlungen mit den ausschlaggebenden Kreisen des Auslandes vollzog. Seine Verdienste auf diesem Gebiet sind mindestens ebenso groß wie diejenigen um die endgültige Festigung unserer Währung, die ja auch von den politischen Gegnern nicht bestritten werden können. Den Wiederaufbau un-